

Volksblatt

Ersteinst 4 Uhr mit
Annahme der Tage nach Sonn-
und Feiertagen.
Abonnementpreis
monatl. 50 Pf., vierteljährl. 1.50 Mk.
Jahresabonnement bei freier Zustellung.
Durch die Post bezogen 1.65 Mk.
Verlagsanstalt 6265a, Magd. 78.

Insertionsgebühren
beträgt für die 4 Spalten
Beilage oder deren Raum 15 Pf.;
für Vereins- und Veranlagungs-
anzeigen 10 Pf.

Inserte für die fällige Nummer
müssen spätestens bis vormittags
10 Uhr in der Expedition ausge-
geben sein.

für Halle und den Saalkreis.

Organ zur Wahrung der Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Redaktion und Expedition: Geiſtſtraße 24, 2. Hof II.
Telegraphen-Adresse: Volksblatt, Halle.

Nr. 23.

Halle a. S., Mittwoch den 28. Januar 1891.

2. Jahrg.

Wir ersuchen unsere Leser, nur bei den Geschäftsleuten zu kaufen, welche unser Blatt unterstützen.

Ueber die Arbeitslosigkeit

lesen wir im „St. Gallener Stadt-Anzeiger“:
„Die Arbeitslosigkeit spielt wieder einmal eine hervor-
ragende Rolle unter den Nachrichten des Tages. In
allen Ländern, sowohl diesseits als jenseits des Ozeans,
in Republiken wie in Monarchien, sind tausende und
abertausende von Familien ohne Arbeit. Die
große Kälte der letzten Zeit, sowie der reichliche Schnee-
fall haben diese Kalamität vergrößert, indem dadurch
die Arbeitsgelegenheiten vielfach noch vermindert,
die Bedürfnisse des Lebensunterhalts dagegen vermehrt
wurden.“

„In London, in Hamburg* und in Mailand hat
die Arbeitslosigkeit die Polizei zum Einschreiten ver-
anlaßt. Dort wollten nämlich die Arbeitslosen dem-
onstrieren, d. h. durch öffentliche Versammlungen und
Umzüge die Bevölkerung und die Behörden auf
ihre Notlage aufmerksam machen. Die Polizei hat dies
jedoch nicht gestattet und wo solche Manifestationen
dennoch versucht wurden, durch Verhaftungen u. d. für
gefordert, daß die „öffentliche Ordnung und Ruhe“ nicht
„gestört“ würde.“

„Die Arbeitslosigkeit schafft man zwar auf diese
Weise nicht aus der Welt, die Arbeitslosen erhalten
dabei weder Beschäftigung noch Brot; aber es ist doch
dafür gefordert, daß die Zufriedenheit und der Appetit
derer nicht gestört werden, die daheim einen gut be-
setzten Tisch und einen warmen Ofen haben.“

„Wahrhaftig, man sollte es kaum glauben, daß der-
artige Polizeikünste heute noch angewendet werden
dürfen gegenüber einer großen, allgemeinen, chronischen
Krankheit unserer gegenwärtigen Gesellschaft.“

„Denn daß es ein gewaltiger Irrtum wäre, wenn
einer glaubte, die Arbeitslosigkeit sei nur ein perio-
disches Uebel, komme bloß in bestimmten Gebieten
oder Berufsarten und zu bestimmten Zeiten vor, wird
je länger je mehr allgemein zugegeben.“

„Allerdings ist die Arbeitslosigkeit im Winter größer,
als im Sommer; allerdings macht sie sich in den
Industriegebieten im allgemeinen und den großen Städten
im besonderen mehr bemerkbar, als auf dem Lande
und in kleineren Ortschaften; das kann uns aber nicht
blind machen gegen die Thatsache, daß der Arbeits-
markt das ganze Jahr hindurch eine stets wachsende
Lücke von überschüssigen Kräften aufzuweisen hat. Wenn

* In Hamburg hat es die Polizei später doch gestattet.
S. Arbeiterbewegung.

schon die Krankheit nicht immer gleich stark auftritt,
da ist sie gleichwohl.

„Daß auch sog. gute Jahrgänge sie nicht heben
werden, wird ebenfalls einer stets zunehmenden Zahl
von Bürgern klar. Ob wir gute oder böse Jahre
haben, das mag ja freilich für diesen oder jenen einen
augenblicklichen Unterschied ausmachen; aber erstens
ist dieser Unterschied kein großer und zweitens sorgt
der großartig entwickelte Verkehr dafür, daß derselbe
alsbald vollständig verschwindet.“

„Die Arbeitslosigkeit unserer Tage, als chronisches
Uebel, hängt daher nicht von Wind und Wetter und
anderen Umständen ab, über die wir nicht Meister
sind, sie ist vielmehr eine Folge unserer gesellschaft-
lichen Zustände. Und weil wir im stände sind, die
gesellschaftlichen Zustände zu ändern, so haben wir auch
die Pflicht, auf Mittel und Wege zu sinnen, wie der
Arbeitslosigkeit zu wehren sei.“

„Dies um so mehr, als wir unserer modernen Welt-
und Lebensanschauung nach in der Arbeit allein das
richtige Mittel erblicken, mit welchem ein gesunder
Mensch seinen Lebensunterhalt fristen soll, den einzigen
Rechtstitel, mit welchem er seinen Anspruch auf das
Leben rechtfertigen kann.“

„Ueberlegen wir uns also die Sache nur einmal
gründlich, so müssen wir zum Schlusse kommen, daß
die erste Aufgabe des Staates darin bestehen sollte,
jedem Menschen zu einem möglichst geschickten Arbeiter
zu erziehen und sodann dafür zu sorgen, daß jeder
also Erzeugene die seinen Fähigkeiten und Neigungen
entsprechende Arbeit findet.“

„Die Arbeitslosigkeit ist ein eindringlicher Appell an
den Staat, seine Pflicht zu thun.“

„So sieht auch Bundesrat Frey die Sache an. In
einem Artikel, den er als Chefredaktor der „National-
zeitung“ an der Spitze dieses Blattes veröffentlichte,
legte er auseinander, daß die Arbeitslosigkeit in der
That ein chronisches Uebel unserer Gesellschaft sei, und
erklärte ferner, daß unsere Gesellschaft die Pflicht
habe, dieses Uebel zu heben, widrigenfalls sie sich selbst
das Todesurteil gesprochen hätte.“

„Dieser Artikel, der neuerdings Zeugnis ablegte für
den hohen sittlichen Ernst, mit welchem unser neue
Bundesrat die Aufgaben des Staates erfaßt, und die
seltene Unerbittlichkeit, mit der er eine einmal er-
kannte Wahrheit bis in ihre letzten Konsequenzen ver-
folgt, hat freilich unsere Presse herzlich wenig be-
schäftigt. Davon, daß unsere Staatsmänner sich der

Sache angenommen hätten, haben wir auch nichts ge-
hört. Der Einzige, der den Gedanken aufnahm und
weiterpflanzte, um einen Vorschlag zu machen, was sich
innerhalb des Rahmens unserer heutigen Gesellschaft
etwas thun ließe, um dem Uebel der Arbeitslosigkeit
möglichst zu wehren, war der „Schweizerische Sozial-
demokrat.“

„Es zeigt uns das wieder einmal, wie weit her es
ist mit unserer „Politik“. Und dann klagt man
immer über die Gleichgültigkeit der Massen, über die
Gefahren der Reaktion u. s. w., u. s. w. Was Wunder,
wenn sich ein großer Teil unserer Bürger von der
Politik ferne hält, so lange ihm dieselbe Steine
bietet statt Brot! Was gilt's, das wäre ganz anders,
das politische Leben würde sich sofort zu niegeahnter
Höhe entfalten, wenn der hinterste Mann im Lande
empfindet, daß es sich dabei in der That um die
Wohlfahrt des ganzen Volkes handle? Wenn er
spüren würde, daß es in Wirklichkeit gelte, dafür zu
sorgen, daß wir werden ein einzig Volk von Brüdern,
die sich in keiner Art und Gefahr trennen?“

„Die Arbeitslosigkeit herrscht auch in unserem Vater-
lande, in allen Gauen desselben, zu Stadt und Land,
gegenwärtig in großem Maße. An unsern eigenstän-
digen, kantonalen und lokalen Behörden ist es, zunächst da-
für zu sorgen, daß der augenblickliche Not nach Mög-
lichkeit gewehrt werde, sodann aber darüber nachzu-
sinnen und zu beraten, ob und wie in Zukunft
diesem Uebel vorgebeugt werden könne, von welchem
Verstand oder Uebergang der modernen bürgerlichen
Gesellschaft abhängen.“

„In Deutschland haben nun zwar Massenveram-
mlungen stattgefunden, in denen die Arbeiter Ab-
änderung resp. Binderung der herrschenden Not ver-
langten, auch hat sich nicht nur die sozialdemokratische
Presse mit der Angelegenheit beschäftigt, sondern in
Blättern aller Parteischattierungen trifft man auf den
Gegenstand. Die Art und Weise aber, wie derselbe
außerhalb der sozialdemokratischen Presse behandelt
wird, kommt so wenig den wahren Ursachen nahe, daß
auf Besserung im vornhinein nicht zu hoffen ist. Um
so vortheilhafter hebt sich die Schilderung des „St.
Gallener Stadtanzeiger“, die der Arbeitslosigkeit auf
den Grund geht, von den gegnerischen Blättern ab,
so daß wir uns veranlaßt haben, den Artikel, der ja
im allgemeinen das Richtige trifft, hier wiederzugeben.“

„Im Glend.“

Nach einem polnischen Motiv von Kasimir Kanemann.

Nachdruck verboten. Alle Rechte vorbehalten.

Lorenz meinte immer bitterlicher und schlug mit dem
Haupt auf das Lager seiner Frau.

Mit Aufgebot der letzten Kräfte richtete sich die
Kranke im Bette auf, sie legte ihre Hand auf den
Kopf des Kindes, indem sie mit der zweiten die
schmerzende Brust presste.

Komm vernehmlich hauchten ihre zuckenden Lippen:
„Ich sterbe . . . Gott . . . der Gerechte stehe mir
bei . . . Der himm-lic-ſche Vater möge Dich . . .
Kind . . . beschützen und mein . . . Se-gen.“

Sie brach ab. Ihre Brust hob sich nun in stürmi-
schen Atemzügen, die ihre Stimme hemmten. Lorenz
sprang auf, schlang den Arm um ihren Oberkörper,
schmiegte sein Haupt an das ibrige.

„Martha“, seufzte er verzweifelt.

Sie klammerte sich im letzten Todesstamp an seinen
Hals und hing mit den Lippen an seiner Stirn . . .

„Ich scheide von Euch“, brachte sie mit ersterben-
der Stimme hervor, „Vergieb den . . . den . . . die Sünde,
wie ich es ihn-en ver-gebe. Weib gerecht und . . .
endlich . . . und der . . . lasse das Kind nicht . . .
bis zum Gra-be nicht . . . Gott . . . wird Euch be-
schützen . . . lei . . . ten —“

Er hing sprachlos mit entsetztem Blick an ihren

Lippen, während Thelka auf die Füße der Mutter
sich warf und sie unter strömenden Thränen küßte.

„Vergieb es ihnen“, begann die Sterbende abermals
mit abgeriffenem Röcheln, jedes Wort mit Haß und
Anstrengung hervorstoßend, wie wenn in ihrer Kehle etwas
harte, „ich scheide . . . getroßt, wenn Thelka . . . Du
wirft sie niemals . . . verla-ſſen . . .“

Jetzt schauerte sie zusammen und blühte im Kreise
um sich. Ihre Lippen zuckten im Todesstampf.

„Schwöre es . . . mir Lu . . . zens.“ stieß sie fast
schreiend heraus.

„Ich schwöre!“ rang seine tonlose Stimme.

„Vergieb . . . lebe . . . glück . . . Gott . . . Du
all —“

Sie seufzte nochmals tief auf und hauchte in seinen
Armen den letzten Atem aus. —

VI.

Das schauerhafte Ereignis versetzte Lorenz in einen
nahe an Wahnsinn grenzenden Zustand. Sein Herz
war zerrissen und die Sinne verhört von dem Leid
und den wirren Gedanken, die in seinem Hirn durch-
einander wogten. Durch zwei Tage hatte ihn niemand
in der Arbeiterkolonie gesehen. Nach der Beerdigung
Marthas, um welche die Arbeiterfamilien Sorge ge-
tragen, stieß er vom Friedhof in die Waldungen der
Kesselsabfälle, in welchen er auch die Nichte suchte.
Es war nur ein Gefühl klar in ihm, das Bedürfnis
von aller Welt fortzulassen, sich zu vertreiben, zu ver-

strecken, oder auf irgend eine Weise seinem Leben ein
Ende zu machen. Einsam und nichts mehr als ein-
sam wollte er sein in dieser namenlosen Verwüstung,
in diesem Gefühle der stumpfen, tierischen Wut, die in
ihm schäumte und sein Bewußtsein umnachtete. Am
dritten Tag, mit dem grauen Morgen, als noch
alles schlief, erschien er in seiner Fülle in zerfetzter
Kleidung, entstellt, blaß wie der Kalk an der Wand,
mit tief eingefallenen Augen. Er sah schrecklich ge-
altert aus. Auf seine Anfrage, wo Thelka weile, er-
klärte ihn ein Weib, eine nachlässige Arbeiterfamilie
hätte sich bei Kindes erkrankung mit es auf die Nacht
zu sich genommen. Das Gerücht, das in Ruhestillen
Tage, hieß bereits mehrmals nach ihm geschick; eine
Untersuchung des Arbeiterausschusses sei eingeleitet
worden, und die Richter wollten ihn verhören. Die
Früher der Bewegung — berichtete das Weib weiter
— seien in Haft und mehr denn hundert Arbeiter der
Eigentümer entlassen. Die anderen seien schon gestern
an die Arbeit zurückgeschickt. Die Gendarmerie sahne
nach fremden Arbeitern, welche man als die eigen-
lichen Stifter des Aufstandes betrachtete. Sie würden
teils mit Geld an ihren Zuständigkeitsort geschickt,
teils eingekerkert.

Lorenz hörte kaum die Erzählung des Weibes. Er
empfund in dieser Stunde nur eine gewisse Abspannung,
Franken in den Ohren und brennende Schwüle im
Bujen. Einen Augenblick stand er so inmitten der
fast leeren Stube in einem merkwürdigen, gleichgültigen

Vollständige Wiederkehr.

Die Sozialdemokraten im Reichstag haben folgenden Antrag eingebracht: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, alsbald dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Uebernahme der Verwaltung und des Eigentums des Apothekenwesens durch das Reich herbeigeführt wird.“ Dem Antrage sind folgende Motive beigegeben: „Der Uebergang des Apothekenwesens in Reichsverwaltung und Reichseigentum ist die notwendige Konsequenz der Gesetze über Kranken-, Unfall- und Invaliditäts-Versicherung. Das Reich soll mit der Verwaltung und Besorgung des Apothekenwesens kein fiskalisches Interesse verfolgen, sondern die Medikamenten zum Selbstkostenpreis verabreichen.“

— Im „Echo“ lesen wir: „Sehr scharfe Beurteilungen sind seit dem Wegfall des Sozialistengesetzes gegen die sozialdemokratische Presse in Deutschland von den Gerichten gefällt worden und speziell die letzten Wochen haben verschiedenen unserer als Redakteure thätigen Genossen recht empfindliche Gefängnisstrafen eingebracht. Jedes scharfe Wort wird von den Staatsanwälten sehr genau geprüft und wehe, wenn sich nur ein Häkchen finden läßt, bei dem man mit den Strafgesetzbuchparagrafen anheken kann, dann geht dem armen Sünder schlecht. Auch die gemeinliche Presse ist sofort bei der Hand, über den Mißthäter den Stab zu brechen, obwohl sie selbst es nicht besser macht. Sehr zutreffend schreibt daher die „Freie P. Z.“: „Wenn die sozialdemokratische Presse sich einmal in Redensarten von dem „starken Arm“ oder der „schwierigen Faust“ der Proletarier ergeht und dabei erklärt, diese Worte seien nur „biblisch“ gemeint, so tönt ihr von anderer Seite höhnisch und entrüstet zugleich entgegen: Spiegel-fedter! — denn was die Führer „biblisch“ sagen, das sollen die Leser „körperlich“ nehmen und wozu ist für diese der starke Arm da, als um — dreinzuschlagen? Da sich, wer mit solchem Maße mißt, gefallen lassen muß, mit gleichem Maße gemessen zu werden, so wollen wir ein Gebot nicht unter den Tisch fallen lassen, das sich heute im konservativen „Deutschen Tagebl.“ findet. Es richtet sich gegen den Abg. Richter und apostraphiert in der Schlußstrophe das „deutsche Volk“ also:

Veracht nicht schweigend diesen Volksvertreter!
Wo ist der Mund, der Richter nichtwertet,
Wo ist die Faust, die diesen Richter zerstampfet?

„Selbstverständlich“ will das Blatt, das diese Koheit zum besten giebt, die Schlusszeile nur „biblisch“ verstanden wissen. Was würde das selbe Blatt, was würden die Staatsanwälte wohl sagen, wenn sozialdemokratische Blätter eine solche Verwahrung einlegen würden? — Nach dieser Seite hin kann namentlich unser Blatt etwas erzählen.

In Braunschweig hat die Generalkommission aller Arbeiter beschlossen, in diesem Jahre von der Feier am 1. Mai abzusehen, dagegen den ersten Sonntag im Mai zu feiern.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung betr. die Zusammenlegung der für die Provinz Sachsen zur Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung errichteten Schiedsgerichte.

In Königsberg i. Pr. waren 17 Maurer und Zimmerer wegen Inverbindungtreten politischer Vereine auf Grund des Vereinsgesetzes angeklagt. Das Gericht erkannte auf je 15 M. Geldstrafe. Der Staatsanwalt beantragte trotz der Harmlosigkeit der ganzen Sache eine Geldstrafe von je 30 M. und Schließung der betreffenden Vereine.

Während in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung Oberbürgermeister von Forderbeck erklärte,

daß von einem außerordentlichen Notstand in diesem Jahre infolge der anhaltenden Kälte keine Rede sein könne und deshalb keine Veranlassung zu außerordentlichen Maßregeln vorliege, beschloß die Stadtverordneten-Versammlung in Köln, wo die Zahl der Arbeitslosen nach stadtgebotenen Ermittlungen 13 145 beträgt, sämtliche Arbeitslose gegen einen Tageslohn von 1.50 M. zu beschäftigen. Das ist wenigstens ein anerkennenswerter Versuch, dem herrschenden Elend zu steuern.

Wo die freisinnigen die Macht haben, ist es um die öffentlichen Verhältnisse der ärmeren Bevölkerung nicht besser als in jenen Gegenden bestellt, wo Nationalliberale, Konservative und Zentrum die Herrschaft ausüben. Das hat sich jetzt wieder in Berlin gezeigt. Das dortige Stadtverordnetenkollegium lehnte den Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten, in den Schulen Berlins die unentgeltliche Lieferung der von den Schülern benötigten Lehrmittel obligatorisch einzuführen, im Prinzip ab. Nach wie vor ist also in Berlin das Wörtchen „bedürftig“ Voraussetzung des kostenlosen Bezugs von Lehrmitteln. Unsere Genossen in Berliner Gemeindefolkium wollen nun ihren Antrag in der nächsten Sitzung noch einmal einbringen, um eine namentliche Abstimmung über denselben zu veranlassen — ein Moment, das für die nächsten Stadtverordnetenwahlen in Berlin Material gegen die Gegner liefern wird.

Wie notwendig eine Reform der Landgemeindevorstellung ist, erhellt aus einer Mitteilung der Berliner „Volksztg.“ aus Briß bei Berlin. Dort sind im ganzen neun Mitglieder in die Gemeindevorstellung zu wählen. Der Gutbesitzer von Briß besitzt nun als alleiniger Wähler der ersten Abteilung das Recht, drei davon zu wählen. Damit aber nicht genug! Kommt er einmal, ohne daß er sich selbst gewählt hat, in die Gemeindevorstellung, so führt er von selber den Vorschlag und, was das Ungeheuerliche ist, er hat bei Abstimmungen für seine Person sechs Stimmen, mit seinen drei von ihm gewählten Freunden also neun, während die übrigen Vertreter nur je sechs haben. Da kann der Herr ja sehr liberal sein und einen Gegner wählen; er hat dann für seine Sache immer noch acht Stimmen.

Im Breslauer landwirtschaftlichen Verein erklärte ein Rittmeister v. Hieres in einem Vortrage über „Soziale Reformen auf dem Lande“, daß, um die Sachfengängerei zu beseitigen, es das beste Mittel sei, dieselbe, anstatt durch Polizei- und Gesetzesmaßregeln, durch Selbsthilfe, nämlich durch Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters zu beseitigen. Als Mittel wird die „Schaftmachung des ländlichen Arbeiters durch Ueberlassung eines kleinen Hausjes mit dem nötigen Garten- und Ackerland“ vorgeschlagen, aber auch betont, daß der Landwirt die Verpflichtung habe, sein eigenes Leben nicht in so schroffem Gegensatz zu dem seiner Leute zu bringen. Wir können uns leider nicht der Ansicht anschließen, daß durch die Schaftmachung des ländlichen Arbeiters eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage desselben zu erwarten sei, denn durch dieselbe wird nur infolge seiner Gebundenheit an den Ort das Gegenteil einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters erreicht. Will man wirklich die Sachfengängerei beseitigen, so — darin hat der Vortragende recht — „sage man sein eigenes Leben nicht in so Gegensatz zu dem der Arbeiter“, d. h. man zahle denselben einen anständigen, zum Leben ausreichenden Lohn.

Das nationalliberale „Leipziger Tageblatt“ — gegen die Ausbeuter! In einer der letzten Nummern desselben lesen wir: „Auch die Krankenwärterinnen London s wollen sich jetzt organisieren. Wie es scheint, werden sie nämlich von vielen Heilanstalten in schimmelter Weise ausgebeutet. Meistens erhält eine geschulte Kranken-

wärterin 20 Pfd. Sterl. das Jahr Gehalt, während die Anzahl dem Patienten 2 Pfd. Sterl. für die Dienste der Pflegerin anrechnet. Die regelrechten Hospitaller zahlen besser, einige geben den Krankenschwestern sogar einen Prozentsatz des durch deren Dienste erworbenen Einkommens.“ — Allerdings wendet sich das Blatt nicht gegen unsere nationalen Ausbeuter, welche es garnicht kennt. Nach außen hin geben die Deutschen stets sehr freimüßig.

In Berlin wird die Aufstellung eines Schulze-Deitshch-Denkmal geplant. Darüber erheuert sich die „Kreuzztg.“ gewaltig, denn sie erblickt darin eine mit Unvorsichtigkeit gepaarte Rücksichtslosigkeit gegenüber dem nicht freimüßigen Teil des Publikums. Obwohl wir uns nicht für Schulze-Deitshch erwärmen können, schließen wir uns doch der Berliner „Volksztg.“ vollständig an, wenn sie sagt: „Danach dürfte nur demjenigen ein Denkmal gesetzt werden, der dem gesamten Publikum gefällig. Kennt die „Kreuzzeitung einen solchen? Wir nicht. Oder meint sie etwa, daß die vornehmen Kaffiraffe auf dem Leipziger Platz zu diesen Männern gehören? Gegen einen hat man allerdings keine bitteren Gefühle mehr, man lächelt, wenn man an ihm vorbeigeht, denn er war zu einer komischen Figur herabgefunken. Der andere aber? Die meisten wissen nichts von ihm. Damit ist sein Standbild schon verurteilt, die wenigen die noch von ihm wissen, wenden sich von diesem Unterdrücker der Volksfreiheit mit Unbehagen ab. Mit all den „eblen“ Herren, die die „Kreuzzeitung“ verehrt, wird das Standbild Schulze-Deitshch in der Liebe des Volkes noch konkurrieren können.“

Sozial-Statistisches. Ueber die Selbstmorde in Preußen und Sachsen veröffentlicht die Zeitschrift des königl. sächsischen statistischen Bureaus in ihrem neuesten Hefte eine interessante Tabelle. Wir entnehmen derselben folgende Angaben:

Selbstmörder überhaupt:	1883	1884	1885	1886	1887	1888
in Preußen	6171	6900	6028	6212	5898	5393
in Sachsen	1205	1114	1146	1071	1104	1050
Auf je 100000 Bewohner						
in Preußen	22	21	21	22	21	19
in Sachsen	40	37	36	34	34	22
Weibl. Selbstmörder						
in Preußen	1283	1209	1217	1165	1195	1138
in Sachsen	251	246	241	222	209	241

Diese Tabelle lehrt, daß mit Verbesserung der ökonomischen Verhältnisse für die arbeitende Klasse die Zahl der Selbstmörder stetig sinkt. Vom Jahre 1883 bis zu Beginn des Jahres 1890 hatten wir eine Periode langsam sich bessernder Lohnverhältnisse, abnehmender Arbeitslosigkeit, dem entspricht der Rückgang der Selbstmorde. Die auffällige Verschiebenheit der sächsischen und preussischen Selbstmordzahlen erklärt sich aus der bedeutend schlechteren Lage der großenteils hausindustriellen Bevölkerung Sachsens. Jetzt hat die Statistik der Selbstmorde wieder eine rückläufige Tendenz angenommen. Die Verschlechterung unserer sozialen Verhältnisse läßt die Zahl der Selbstmorde wieder gewaltig anschwellen. Daß nur radikale Besserung unserer sozialen Verhältnisse die Selbstmorde oder wenigstens den größten Teil aus der Welt schaffen kann, versteht sich für jeden Denkenden von selbst. Wir überlassen es alten Tugendbolden, wie den Redakteuren der „Leipz. Ztg.“, die große Zahl der Selbstmorde auf den Mangel an Charakterfestigkeit zurückzuführen. Schnell fertig mit dem Urteil ist die zahlungsfähige Moral.

Schweiz. In einer in Zürich am 26. Januar stattgehabten Konferenz der schweizerischen Arbeiterverbände wurde beschlossen, den 1. Mai als Arbeiterfeiertag zu betrachten und auf den zehntägigen Normal-Arbeitstag hinzuwirken.

Vergessen, dann trat er stumm und wandelnd wieder auf die Straße und setzte sich auf die Thürschwelle. Sein Kopf fiel auf die Brust herab, die Arme umschlangen die Knie, und er begann nachzudenken. . . Zwei große Thränen rollten über seine hohen Wangen herab, er weinte. Doch die Thränen linderten keinen Schmerz nicht. Die Schwüle in seiner Brust brannte und drückte immer mehr. Sie war zu einer Flammenwoge, zu einer Feuerwelle aufgelöst, die, sein Herz verzehrend, ihn in die Kefche stieg, in das Gehirn sich einbohrete und es zerfleischte. Es war das selbe Gemisch von Schmerz, Jörn, Haß und Elend, das daselbe Gefühl der Rachsucht, welches ihn mit hinreißender Stärke schon erfaßt, als er den alten Fritz zu Boden stürzen sah, welches ihn durch die letzten Tage wie rasend durch die Waldungen gejagt und bei Nacht mit blutigen Phantastien gequält hatte, jetzt aber gleich einem alles zerföndendem Gift in seinem Wuslen wühlte.

Rache? An wem sollte er sich rächen? Wer trug die Schuld an seinem Unglück, an seinem Jammer und Elend, das ihn das ganze Leben hindurch verfolgte und nun gänzlich zu zermalmen drohte? Wer trug die Schuld an dem Tode seiner Frau, an diesem gräßlichen Tode der Unschuldigen? Wer machte zur Waife dieses Kind, die in Armut geborene Thekla, und verdamnte sie zu noch größerem Unglück und Elend? Solche und ähnliche Fragen wirbelten ihm wirr durch den Kopf und marterten seine Seele, aber er vermochte keine Antwort zu finden. In seinem Geiste entstand

bloß ein undeutlicher Begriff von einer rücksichtslosen, drohenden und unüberwindlichen Macht, welche ihn, weil er nichts hatte, zur Erde beugte, immer tiefer und tiefer, die ihn schüttelte, wie er Windsturm einen einsam im Felde stehenden Baum rüttelt und schüttelt, ohne daß er die Kraft hätte, diesem Gewaltigen Troß zu bieten und gegen ihn anzulämpfen. Sein Gerechtigkeitsgefühl, sein ganzes Ich empörten sich gegen diese Macht, doch sie drückte ihn um so wichtiger nieder, je mehr er zur Erkenntnis seiner eigenen Ohnmacht gelangt.

Er starrt mit düsterem Blick in die Leere und verliert sich in seinem Driiten. . . Ein Schauer erschüttert zuweilen seinen Körper, wie wenn die blutige Szene plötzlich wieder vor seinem Auge auftauchen und mit neuen Spulgefallen ihn quälen würde. Er fü-t, daß er seinem ganzen Leben fluchen könnte in dieser Stunde, der ganzen Welt, dieser Nacht und dieser Stätte, ja vor allem dieser müderischen Stätte, wo die Menschen zum Lohne für ihre tierische, rastlose Arbeit umgebracht werden, ohne daß ein Gahn nach ihnen frähte.

Er sprang wie ein Rasender auf, eilte in die Hütte des Nachbars, und kehrte bald mit Thekla auf den Armen zurück. Die Sonne krieg bereits am östlichen Horizont empor, als er, das Kind auf den Armen, ein Bündel, seine ganze Habe, in der Hand, einen Seitenweg einschlug, und den Schritt auf eine Anhöhe lenkte, an deren Fuße die Kolonie sich erstreckte.

Am Saume des Waldes blieb er stehen und sah hinauf in das Thal. Sein lebendes, mit Furchen bedecktes Gesicht, in welches der Ruß und Kohlenstaub dunkle Streifen gezeichnet, hatte einen kalten, starren Ausdruck, während der unsteife Blick in der Runde umherirrte, bis er für eine geraume Weile am Friedhofe haften blieb. Dann ludte er unter den unglückigen Gebäuden den langen Schuppen heraus, in welchem er ein paar Jahre verlebt hatte, und betrachtete endlich die Waagaine, die Bergwerke und hohen Fabrik-schornsteine, aus denen riesige schwarze Rauchhüllen emporwallten, welche vom Winde getrieben, über das Thal dahinschwogen. Die herbstliche Sonne brach mit Nüße Bahn durch diese Wolken, die, in einem trüben, kupferfarbigen Schimmer schillernd, immer dichter wurden, bis sie die Aussicht verhüllten. Vom Thale drang jetzt das alltägliche dumpfe Dröhnen, das Rollen und Hämmern, dieses ihm so wohlbekannte Getöse, herauf, bei dessen Schalle Lorenz sich schüttelte und das Kind bestiger an die Brust drückte.

Mit einem schmerzlichen, tiefen Seufzer, wandte er sich endlich von dem Bilde ab. Langsam, schleppenden Schrittes kamm er weiter hinan und verschwand im Dickicht des Waldes.

Für Lorenz folgten jetzt Tage eines neuen Ringens. Sein tobender Schmerz ging nach und nach in ein dumpfes, stilles Leid über, und der Anblick des Kindes ermahnte ihn an seine Pflichten.

(Fortsetzung folgt.)

— Im Kanton St. Gallen wurde im dritten Wahlgang der demokratische Kandidat Steiger mit 5694 Stimmen zum Mitglied des Nationalrats gewählt. Der Kandidat der Liberalen, Suter, bisher Präsident des Nationalrats, erhielt 5524 Stimmen.

— Telegramme aus London melden, daß der bekannte Gewerkschaftsmann und atheïstische Freidenker, das Parlamentsmitglied Bradlaugh im Sterben liegt.

— Aus Glasgow wird vom 26. Januar gemeldet, daß der Bahnhof von Galterbank an der kaladonischen Eisenbahn abgebrannt ist. Da im Wartesaal ein Gefäß mit Petroleum vorgefunden wurde, wird angenommen, daß Streikende den Brand auf dem Gewissen haben. Keine Beweisführung!

Freitag.

52. Sitzung vom 26. Januar, 1 Uhr.

Das Haus legt die zweite Beratung des Etats für 1891/92 vor und zwar mit dem Etat des Reichsfinanzamts. Die vierzehnten Budgetstellen sind zu erledigen, die Reichsämtern bei direkter Beschäftigung außerhalb ihrer Wohnorte sind zu berücksichtigen, das ist für die Dienststellen, welche auf Eisenbahnen oder Dampfmaschinen zurüdgelegt werden, an Stelle der Kilometergelder die für die Fahrkarten jährlich auszusenden Beträge vergütet werden.

Der Antragsteller rechtfertigt diesen Antrag. Die Fahrkosten, welche die Beamten für ihre Dienststellen erhalten, sind noch immer nach dem im Jahre 1848 festgesetzten Satze. Seit dieser Zeit ist eine wesentliche Ermäßigung der Fahrkosten eingetreten durch die Einführung von Rundpreisen und Rückfahrkarten zc. Er schlägt z. B. ein Beamter für eine Reise nach Berlin 144 Mark, während ein Retourbillet von hier nach Berlin nur 60 Mark kostet. Der Antrag will die Zusage der Beamten, allein bei den Fahrkosten handelt es sich um ganz erhebliche Beträge und das Ansehen der Beamten wird dadurch, daß dieselben aus den Dienstreisen gewissermaßen eine Einkommensquelle machen, nicht gefördert. Es dürfte deshalb eine Revision dieser Angelegenheit am Orte sein und es kann hier eine wesentliche Ersparnis herbeigeführt werden.

Abg. Gahn (konf.) tritt der Tendenz des Antrages Richter ab, wünscht aber eine Vorberatung des Antrages in der Subkommission nicht seiner Tendenz, sondern seiner Fassung wegen. Es ist richtig, daß die Preise der Eisenbahnfahrkarten wesentlich ermäßigt worden sind und es ist deshalb auch im allgemeinen Interesse eine Revision geboten, z. B. auch mit Rücksicht auf Privatpersonen, welche die Reiseflohen zu erleben haben. Es wird auch die Frage der Zusage der Beamten in Beratung genommen werden müssen.

Staatssekretär v. Walzahn-Gätz: Die Reiseentschädigung bei den Diensten der Beamten ist zu hoch bemessen worden, daß dieselben nur einen kleinen, ja sogar reichen Ertrag der draußigen Ämter erzielen, da sonst mancher notwendige, nützliche Reise unterbleiben würde. Wird der Antrag angenommen, so werden die veränderten Bestimmungen der Beamten in Rücksicht auf die Ermäßigung der Fahrkosten. Die Entscheidung über den Inhalt des Antrages anfallen wird, ist zweifelhaft, was dem bisher befolgten System haben sich wesentliche Mängel nicht herausgestellt. Soweit die Verhältnisse zu übersehen sind, bestehen die von Abgeordneten Richter betonten Mängelverhältnisse auch in Preußen. Bei der Beschäftigung müssen nicht allein die direkten, sondern auch verschiedene indirekte Ausgaben berücksichtigt werden, welche die Beamten bei ihren Dienstreisen haben.

Abg. v. Stramberg (Zentr.) nimmt dem Antrag Richter ab. Abg. Richter: In jedem Ressort sind einige höhere Beamte vorhanden, deren häufige Dienstreisen nur durch die Gewinne bei den Entschädigungen überhaupt zu erklären sind. Die Regierungen ergreifen nie die Initiative, um Kompetenzen der Beamten herabzusetzen, ebensowenig, wie die Offiziere dort, daß darauf verzichtet haben, Nationen zu beziehen für Verbe, die sie nicht haben. Das anzuerkennen ist Sache des Reichstages.

Abg. v. Karboff (Kons.) weist darauf hin, daß sein vorjähriger Vergleich über den Geldverkehr in Frankreich und den Deutschen Bank ein richtiger gewesen sei, wie sich aus den Verhandlungen über die Interpellation des Abg. Laur in der französischen Kammer ergebe. Die Deutsche Bank leide bei den französischen gegenüber auch an der Beschränkung in der Spekulation. Die Währungsfrage unseres Reiches ist nicht die gleiche, welche bei uns nicht so glatt gehen, wie in Frankreich. Redner vertritt sich alsdann eingehend über die Währungsfrage und empfiehlt, die Goldwährung zu lassen. Er behauptet, daß Frankreich eine leichtere und fern Kredit habe, als wir, da es im Gegenseitigen zu uns Goldwährung habe. Welche Gefahren die Goldwährung sich bringe, zeige die Zurückziehung des russischen Guthens von 25 Millionen Pfund Sterling bei dem englischen Kaufmann Baring und die damit verknüpften Folgen. Nur die Wäge sei eine Katastrophe vermieden worden. Er ziehe dieser Situation die Folgerung, daß wir alle Veranlassung haben, dem Wunsche der Vereinigten Staaten von Amerika gegen zu kommen und mit ihnen in Verhandlungen einzutreten wegen richtiger Regulierung des Silbers, in Verbindung mit den Vereinigten Staaten sei die Dementen bereit. Das sei auch nur der einzige Weg, auf dem die agrarische Hilfe befristet werden könnten. Er bitte, die veränderten Regierungen, diese Frage in sehr ernster Ermüdung nehmen.

Abg. Dr. Bamberg (Zentr.) der Vordere der damit kommen, sein Bedauern darüber auszusprechen, daß es ihm vorigen Jahre bei Erneuerung des Mandatsprivilegiums nicht gelungen sei, durchzusetzen, daß die Deutsche Bank nach dem Vorbild der französischen Bank umgewandelt werde. Die Deutsche Bank ist aber nach der Form der französischen gegeben, nur mit den erforderlichen Modifikationen, da die französische Bank eine Staatsbank, die Deutsche dagegen eine Privatbank ist. Die Parallele hinkt also nach allen Seiten hin. Er hat darauf verwiesen, daß die französische Bank das ist der unbeschränkten Notenausgabe befähigt, wir aber haben in unserm Bankrecht und Notenrecht die Befähigung, als die französische Bank. Was nun die Währungsfrage angeht, so kann ich wohl im Namen der großen Majorität dieses Hauses erklären, daß wir in diesem Punkte nicht die geringste Veranlassung empfinden. Wir sind fest überzeugt, daß die veränderten Regierungen gar nicht an die Möglichkeit denken, in dieser Frage eine Aenderung eintreten zu lassen und es ist eine gewisse Originalität von Herrn v. Karboff, daß er immer von neuem glaubt, die Frage der Aenderung

hier in Anregung bringen zu müssen. Wie haben sich denn auch alle die früheren Beratungen und Propagierungen des Herrn v. Karboff bewährt? Was hat derselbe früher von den schwebend niedrigen Preisen erzählt, welche die Goldwährung zur Folge haben würde? Nun in diesem Hause hat sich in dieser Session doch schon sehr viel von Preisen unterhalten, aber nicht etwa von niedrigen Preisen (Bursch des Abg. v. Karboff). Herr v. Karboff muß ein schwaches Gedächtnis haben, wenn er seine früheren Reden von „niedrigen“ Preisen vergessen haben sollte. (Gelächter.) Herr v. Karboff hat heute wieder empfohlen, mit Amerika in der Währungsfrage zu verhandeln. Was wäre denn eingetreten, wenn wir seinen Rathschlägen gefolgt wären? Amerika hat mit seinen Silber-Experimenten eine große Spekulation der Silbergewerke hervorgerufen. Die Auslösung des Silbers durch freie Frägnung in Amerika hat nur spekulative Zwecke, keineswegs bezweckt sie die Herstellung guten Geldes. Deutschland befindet sich bei seiner Goldwährung, aber gerade mit hat nur 1879 einen großen Fehler gemacht, indem es die Silberverläufe fixierte. Die Goldwährung hat überall schon Fortschritte gemacht. Ein Zeugnis für die Güte unserer Münze ist es doch, daß wir im Auslande großen Kredit genießen. Wenn Karboff auf die Zurückziehung der 25 Millionen Pfund Sterling verwiesen hat, so ist dies ein Pappenspiel für unsere Verhältnisse. Durch die Zurückziehung von 300 Millionen wird die Welt noch nicht erschüttert werden. Daß die Geschäftswelt und Finanzwelt so beunruhigt gewesen ist, wie v. Karboff es dargestellt hat, muß ich entschieden bestreiten. Es hat kein Verhängnis über uns herabgeschickelt, es hat keine Katastrophe eintreten können. Ich weiß nichts über uns, weshalb wir nur jetzt zu einer so platonischen Liebe für das Silber bekehrt sollen. Gerade die Goldwährung, welche die leichtere Bewegung zuläßt, hat die Kritik des Hauses Baring so schnell überunden. Ich fühle nicht die geringste Bedenken über unsern status quo. Wir haben ein gutes Werk mit der Goldwährung geleistet, das dauerhaft bestehen kann und ein wenig an diesem Werke mitgearbeitet zu haben, wird immer ein erhabendes Gefühl für mich sein. (Beifall links.)

Staatssekretär v. Walzahn-Gätz erwidert dem Abg. v. Karboff, daß eine Erhaltung unserer Bank und Geldverhältnisse keineswegs eingetreten sei. Eine offizielle Aufregung seitens der Vereinigten Staaten an Deutschland wegen Regulierung der Silberfrage ist garnicht ergangen, für uns liegt gar keine Veranlassung vor, in solche Verhandlungen einzutreten. Unser Geldwährungssystem sei allerdings noch ein unvollkommenes, die Silberverläufe seien seit 1879 fixiert. Daß dies unvollkommenheit einen schädlichen Einfluß auf die deutschen Verhältnisse gehabt hätte, ist eine Behauptung, welche nicht erwiesen und die veränderten Regierungen hätten nicht die Mühsal zur Zeit irgend eine Aenderung in der Währungsfrage vorzunehmen.

Präsident der Reichsbank Koch weist zunächst nach, daß die Beschränkungen, die sich an die Beschränkung der Notenausgabe der Reichsbank geknüpft hätten, sich nicht erfüllt hätten. Die Zahlungen in Gold und Silber seien jetzt doch auch nur eine sehr kleine Rolle gegenüber dem Giroverkehr, der im letzten Jahre bei der Reichsbank allein 79 000 Millionen Mark betrug. Unsere Noten seien zu 85 Pro. mit Gold gedeckt, die Frankreichs nur mit 36 Pro. Koch weist nach, daß die Reichsbank alle ihre Zahlungen in Gold leisten können, während in Frankreich Zahlungen in Gold von der Bank nur sehr spärlich geleistet werden. Die russischen Guthaben betragen im ganzen 600 Millionen Mark, wovon nur 80 Millionen auf Reichsbank kommen. Es sei nicht möglich, fremdes Geld bei uns herbeizubringen, es bedeute dies hoch Beträuen unserer Verhältnisse. In seinem Falle liegt für Deutschland keine Veranlassung vor, seine Währungsverhältnisse zu ändern. (Beifall.)

Abg. Dr. v. Frege (konf.) befragt es nicht, daß der Staatssekretär keine Veranlassung gehabt habe, mit den Vereinigten Staaten offiziell in Verbindung zu treten, aber er behauere, daß derselbe sich über die Bewegung nicht unterrichtet habe, welche in weiten Kreisen des Volkes und nicht in den schlechtesten über diese Frage herrsche. Es werde in den nächsten Jahren unbedingt zu einem internationalen Kongreß um die Silberfrage kommen und wüßte, daß Deutschland dann nicht überbereitet sei. Viele Bevölkerungsklassen in Deutschland hätten ein dringendes Interesse an der Wiederherstellung der Silberwährung. Wenn der Präsident der Reichsbank sich darauf berufen habe, daß wir sofort Geld haben können, wenn wir zu einer Erhöhung des Diskonts schreiben, so möge derselbe nur bedenken, was eine Erhöhung des Diskonts für weite Kreise bedeute. Die Behaupten des Herrn v. Karboff seien von seiner Seite bestritten worden. Der Hinweis auf das blühende England mit seiner Goldwährung sei ein verkehrter, denn die Verhältnisse dort seien wegen den indischen Kolonien ganz andere. Die Bewegung in Amerika sei keine bloße Spekulationsbewegung, sie sei dieselbe, wie wir sie vor einem Jahrzehnt in Europa und Amerika sehen, sie sei eine berechtigter, der Fehler der Amerikaner bestreue nur darin, daß sie die Sache nicht im eigenen Lande regeln wollen, während dieselbe wohl nur durch internationale Vereinbarungen geordnet werden könne.

Abg. v. Karboff erwidert dem Abg. Bamberger, daß das Silber im Kreise immer noch mehr wert sei, als gar kein Geld.

Die Diskussionsfrage wird geschlossen, der Antrag Richter ist die Budgetkommission gemessen, der Etat beschlossen.

Den Dispositionsfonds des Kaisers (3 Millionen) beantragt Puhl (nat.-lib.) zu erhöhen, da aus diesem Fonds eine Verbesserung der Invalidentpensionen und der Hinterbliebenen von Militärpersonen erfolge. Staatssekretär von Walzahn bestätigt, daß zu diesen Zwecken im vorigen Jahre über 2 1/2 Millionen aus diesem Fonds bewilligt wurden. Richter widerspricht der Erhöhung. Der Titel wird darauf bewilligt und die Sitzung vertagt.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Etat.)

Lokales.

Halle, 27. Januar.

Der „Sozialdemokratische Verein für Halle und den Saalkreis“ hat am Donnerstag den 29. d. Mts. seinen ersten Jahresabend im „Rühen Brunnen“, worauf wir hiermit aufmerksam machen wollen. Wie wir hören, werden an diesem Abend die neuen Mitgliedskarten ausgegeben und Beiträge entgegengenommen.

Arbeitslosenversammlung. Eine drückende Beweis für die große Arbeitslosigkeit hier in Halle liefert am Sonntag abend nachmittags 2 Uhr die nach der „Neuen Theater“ einberufene öffentliche Versammlung der Arbeitslosen. Nachdem das Bureau sich konstituiert, erteilte der Vorsitzende Florin dem Maurer Seyffert das Wort. Dieser führte in kurzen Worten etwa folgendes aus: Das Laßalfe'sche eiserne ökonomische Schulgesetz, welches unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit,

den Arbeitslohn bestimmt, ist das, daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert bleibt, der bei einem bloße gemeinheitsmäßig zur Erfüllung der Erzeugnisse und zur Fortpflanzung erforderlich ist. Der höchste Lohn, welcher den Arbeitern heute gemährt wird, daß sie selbst schuldig sind, wenn sie nicht die nötigen Mittel zum Leben haben, daß sie keine Lust zur Arbeit haben. u. s. w. sei durch den starken Besuch der heutigen Versammlung zurückgewiesen. Viele der heute hier Anwesenden möchten gerne sofort zugreifen, um ihr Brot durch ihre Hände Arbeit redlich zu verdienen, aber das heutige verberbernde Wirtschaftssystem des Kapitals giebt es nicht zu, der im Verhältnis kleinen hier anwesenden Schaar gerecht zu werden, geschwehe den Tausenden, die auf der Landstraße liegen. Wenn auch die Währungsverhältnisse zu der Arbeitslosigkeit im Bauhandwerk etwas beigetragen haben, so liegt doch der Hauptbestand nicht in der Überproduktion, sondern in der Unterkonsumtion. Wenn mehr konsumiert wird, kann auch mehr produziert werden und da der Arbeiter bei den jetzigen Verhältnissen nicht fähig ist, sich das alternativenmäßig zum Leben anzuschaffen, so kann er auch nichts konsumieren. Das einzige Mittel, welches es noch giebt, ist die Verkürzung der Arbeitszeit. Wir haben aber im vergangenen Jahre gesehen, als die Arbeiter vereint mit der Forderung eines achtstündigen Arbeitstages an die Kapitalisten herantraten, wie dieselben mit allen nur denkbaren Mitteln gegen derartige Vereine gekämpft, alle agitatorischen Kräfte aus Lohn und Brot getrieben und dann den sogenannten schwarzen Listen überließert, um sie fast in ganz Deutschland erstickend zu machen. Redner geht nun speziell auf das Bauhandwerk ein und meint, als die Maurer im Frühjahr 40 Pfg. Stundenlohn verlangten, hat sie ein ordentlich Entschuldigenssumme in der Bauunternehmung ausgeschrieben, welche, wo sie schon über 8 Wochen brach liegen, da frage niemand danach, wo die Mittel zum Leben herkommen. Auch die Stadtbauverwaltung habe in vielen Fällen gegen die Interessen der Arbeiter gekämpft. Der Stadtbaurat Hofmann, welcher sämtliche Arbeiten in Auftrag ausführen läßt, verlangte sogar einmal, als ihm die Arbeit nicht schnell genug von Ratten ging, das Gerüst unentgeltlich in die Höhe zu ziehen und als die Arbeiter ihr Geld dafür verlangten, sagte er: man solle ihn doch dann verlassen. Redner schildert dann die Verfolgungswut unserer Gegner noch einmal, empfiehlt das Volksschlacht zur weitesten Verbreitung und schließt mit der Bitte, sich recht regt bei den Wahlen und an den Arbeitervereinen zu beteiligen, damit wir dem mühen Treiben des Kapitals einen Damm entgegen setzen können. Lauter Beifall beehrte den Redner für seinen Vortrag.

An der Diskussion beteiligten sich mehrere Redner, welche sich alle im Sinne des Vortrags anließen. Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme: Die heute am 24. Januar im „Neuen Theater“ stattgehabte öffentliche Versammlung der Arbeitslosen verurteilt voll und ganz das Vorgehen der Fabrikanten, die Einführung der schwarzen Listen und Berrückelung der Arbeiter; die Versammlung verurteilt ferner die heutige Produktionsweise der Unternehmer und fordert die Stadtbauverwaltung auf, ihre Arbeiten nicht von planlosen Unternehmern, sondern in Regie ausführen zu lassen, damit der Arbeiter sozial verdient, daß er ein menschenwürdiges Dasein führen kann; daß endlich die heutige kapitalistische Produktionsweise aufhört und die Produktion in öffentliche Hände übergeht. Die Veranlassung der Arbeitslosen, welche in heutiger Stadt am Sonntagabend stattgefunden giebt der „Neu. Hg.“, welche sich allerlei nöthigen Bemerkungen, von welchen wir hier nur eine annahen wollen. Es heißt da unter anderem, daß „noch ein gewisser Augustin aufrat, der, wie er erklärte, ein selbst Arbeiter gewesen, dann aber wegen Arbeitsmangel in seinem Handwerk zum Reisenden (als Kaufmann oder Revisor, konnten wir nicht erfahren) umgewandelt hatte, was ihm seiner Körperfülle und seinem eleganten äußeren nach, nicht schlecht bekommen sein mußte“ u. s. w. Wir wollen der „Halle. Hg.“ verraten, daß jener Augustin ein Mitbegründer einer Berliner Futurfabrik ist, welche zu gründen sich die aus dem bekannten Untermasterkretzel gekaufte Arbeiter geizungen haben, da sie nirgends Arbeit finden konnten. Und für diese Futurfabrik reißt Herr Augustin. Derselbe wurde heute noch an seinem Arbeitsplatze stehen, wenn es ihm nicht zur Unmöglichkeit gemacht worden wäre, Arbeit zu finden. Uebrigens ist es eine nicht geringe Menge, wenn ein Arbeiter gemäßigter wird und gemäßigter und monatlichen Verordnungen nach Arbeit geizungen wird, sich auf die Arbeiter zu stützen und sich selbstständig zu machen, dann heißt es bei den Gegnern: Seht einmal, daß ist ein Sozialdemokrat, der von Arbeitergeizungen lebt, weil er keine Lust zur Arbeit hat. D. über diese heuchlerische Beschäftigung!

Genossenschaft. Bewohner der Schmidstraße beabsichtigen eine Genossenschaft zu gründen. Zweck derselben soll sein, Häuser zu kaufen, die von den Genossen bewohnt würden. Hierzu sind Verhandlungen mit dem Bauunternehmer Loßk eingeleitet, nach welchen, wie wir hören, derselbe sich bereit erklärt habe, einige Häuser abzugeben. Uns ergeht die ganze Sache als ein Experiment, bei dem wahrscheinlich die werdenden Genossenschaftler keinen Vorteil haben werden.

Gegen einen Beamten des Zivilinhalts des Kaisers soll — so melden die „Berliner Neuesten Nachrichten“ — eine Disziplinär-Untersuchung eingeleitet sein. Derselbe dürfte in einem Strafverfahren in Verbindung stehen, welches gegen einen hiesigen Schriftsteller, Herrn M. Harben, gerichtet ist und das sich auf die Kriterien des „großen Unfalls“ stützt. Man glaubt, in den beiden genannten Personen die Urheber gewisser sensationeller Veröffentlichungen der „Saale-Zeitung“ ermittelt zu haben.

Das Leihamt der Stadt Halle erläßt folgende Bekanntmachung: Die Auktion der verfallenen, aber dem unterzeichneten Leihamt in den Monaten Oktober, November und Dezember 1889 verpfändeten und erneuerten Pfänder, welche die Pfandnummern 86321 bis 97148 tragen und deren zugehörige Pfandscheine in blaum Dr. Dub. angefertigt sind, findet Freitag am 3. Februar d. Js. vormittags von 10 bis 12 Uhr und nachmittags von 1/2 bis 5 Uhr und an den darauf folgenden Wochenenden vormittags von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 1/2 bis 5 Uhr bis zu ihrer Beendigung im Auktionszimmer des Leihamtes — am der Maximikirche Nr. 4 — statt. Zur Vertheilung gelangen, der Pfandscheine der Pfandnummern nach, goldene und silberne Leihgegenstände, sonstige Gold- und Silbergegenstände, wie Ketten, Ringe, Ohrring, Ketten, Hals- und Bettwäsche, neue und getragene Kleidungsstücke, Schmuck, Platten und verschiedene andere Sachen.

— Die Kohlenbrüche scheinen immer noch kein Ende nehmen zu wollen, denn gestern abend waren in der Fleischerstraße beim Fadelstein Arbeiter beschäftigt, einen solchen auszubessern.

Arbeiterbewegung.

Hamburg, 24. Januar. Eine von 4000 arbeitslosen Personen Hamburgs besetzte Verammlung beschloß einstimmig eine Petition an den Senat abzugeben, in der es heißt: Obgleich die Schwierigkeit einer sofortigen Beschäftigung zu Tage tritt, wird der Senat doch ersucht, alles Mögliche anzubieten, um der Arbeitslosigkeit zu begegnen und ein Verbot zu erlassen, durch welches den Hauswirten verboten wird, beim nächsten Mietstermin mittellose Arbeiter auszuquartieren, welche vier Wochen arbeitslos waren; denselben aus Staatsmitteln unverzüglich Darlehen im Betrage von 50 M. zu gewähren und die Kinder neuliebender Eltern einmal täglich in den Schulen warm zu heißen. Ferner solle der Senat eine Statistik für die Monate Dezember, Januar und Februar erheben, um festzustellen, wie viele Arbeiter und wie lange dieselben gefeiert hätten.

Eine Verammlung der im Buchdruckergerwebe beschäftigten Arbeiter, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen in W. ü. n. beschloß einstimmig unter Betonung der unbedingten Notwendigkeit einer Vertärkung der Arbeitszeit (neun Stunden) einheitliche Organisation und wählte zur Durchführung ein Gehilfen-Komitee und ein Komitee der Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen.

Vermischtes.

* Ein entsetzliches Grubenunglück, dessen Folgen weit schrecklicher sind, als die erste kurze Nachricht vermuten ließ, hat sich am Freitag nachmittags 2 1/2 Uhr auf der 8. Sohle der Zeche „Hibernia“ bei Selsingen durch Entzündung schlagender Wetter ereignet. Etwa 100 Bergleute waren auf der Sohle beschäftigt. Die Explosion kostete 52 Beamten und Arbeitern das Leben; darunter sind 3 Vermisste inbegriffen, welche noch nicht unter den Trümmern hervorgezogen sind. Außerdem sind 4 Arbeiter schwer und 8 leicht verwundet. Die Verwundeten sind inbegriffen alle die bisher angegebene, weil unter den im Lagerort aufgenommenen Bergleuten sich viele befanden, die nur ganz unbedeutend verletzt waren und schon wieder entlassen sind. Die Wirkungen der Explosion, deren Ursache und Herd bisher nicht aufgefaßt werden konnte, waren bis in die unmittelbare Nähe der Schächte verheerend, die Strecken und Baue waren stark verbrochen. — Die Verdingung der getöteten Bergleute fand am 26. Januar nachmittags um 2 1/2 Uhr statt. — Dem Anschein nach handelte es sich der „Selsing. Btg.“ zufolge bei der Katastrophe um eine gemischte Explosion schlagender Wetter mit Kohlenstaub. Die Rettungsmannschaften

konnten wegen der Nachschwaben in den Flößen nur mühsam vordringen.

* Infolge des Lawwetters und Regens der letzten Tage wird aus allen Teilen des Reiches ein anhaltendes Steigen der Flüsse, Verkehrsverhinderung u. s. w. berichtet.

* „Es geht nichts über gute Begegnung!“ Auch die Antisemiten — wamentlich die „Kavaliere“ — unter denselben — üben den ihnen angeborenen guten Ton in anerkennenswerter Weise. Als Herr Liebermann von Sonnenberg am vorigen Sonnabend in einer Verammlung zu Würzen sich in den üblichen Schimpereien gegen die Juden erging und einer der Zuhörer während des Vortrags eine Anspielung auf den Stöderischen Fallschirm machte, rief er diesem unbedenklichen Manne zu: „Sie ganz gemeiner Schweinigel.“

Lustige G&E.

Kritik. Hofditt: „Nun, wie sind Sie mit dem Klavier spiel meiner Tochter zufrieden?“ Klavierlehrer: „Ach ja — sie spielt im Schwitze — meines Angesichts!“

Briefkasten.

G. St., hier. Ihrem Wunsche können wir leider nicht nachkommen, denn früher sind zu Dungenben Anforderungen an uns ergangen, in der jetzigen Weise zu verfahren. Uebrigens würden Sie demselben Uebel auch in anderen lokalen Zeitungen begegnen.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, 26. Januar.

Angebote: Der Sergeant Paul Schulze und Selma Geise (Merseburg und Martinsgasse 6). Dem Schlosser Karl Krause und Luise Becker (Königsstraße 8 und Alter Markt 20). Der Professor Dr. Gustav Rümelin und Theresia Brodhoff (Galle und Bonn).

Geschicklungen: Der Hilfsbremser Friedrich Griebel und Pauline Jelder (Wuchererstraße 19 und Albrechtstraße 36). Der Studateur Reinhold Eberhardt und Anna Bentler (Gr. Schloßgasse 13).

Geborene: Dem Handarbeiter Eduard Gille eine T., Emilie Klara (Wühlrain 2). Dem Maurer Theodor Leuchte eine T., Helene Olga (Wörmlitzerstraße 32). Dem Lehrer Friedrich Krauß eine T., Marie Charlotte (Wuchererstraße 27). Dem Kontorist Johannes Raushenbach ein S., (Dranaberstraße 3). Dem Former Wilhelm Otto ein S., Friedrich Wilhelm Richard (Laurentiusstraße 16). Dem Schuhmachermeister Hugo Gottschald ein S., Paul Artur (Brunoswarte 5). Dem Schneidermeister Ernst Heinicke ein S., Karl Gustav Adolf (Herrenstraße 15). Dem Former Paul Barth ein S., Ernst Willy (Thorstraße 26b). Dem Eisenbrecher Wilhelm Köhne eine T.,

Friederike Anna (Streiberstraße 14). Dem Handarbeiter Karl Mey eine T., Bertha Anna Emma (Weingärten 23). Dem Obleisemeister Eduard Harwich eine T., Bertha Klara (St. Braunschweigstraße 21). Dem Maschinist Emil Dertling eine T., Anna Magdalena Eudora (Reinrichstraße 8). Dem Fleischermeister Wilhelm Wölfer ein S., Gottfried August Wölfer (Gr. Braunschweigstraße 16). Dem Schneider Carl Hauptmann eine T., Anna Margarethe (Friedrichstraße 4). Dem Schmied Carl Hoffmann eine T., Helene Martha Klara (Oberglauha 10). Dem Tischler Friedrich Schörl ein S., Karl Friedrich (Zingenerstraße 24). Dem Bau mann Karl Bahr eine T., Johanna Gertrud (5. Berlinstraße 9). Dem Handarbeiter Otto Reinhold ein S., Carl Otto (Dachstraße 8). Dem Wäldermeister Ernst Band ein S., (Amsin Franz Gustav Ernst (Wühlrainstraße 19). Dem Maler Adolf Hermann eine T., Henriette Bertha Margarethe (Breiterstraße 16). Zwei unget. S.

Verstorben: Der Polizeisergeant August Kante, 31 J. (Graberstraße 4). Des Fabrikarbeiters Rudolf Frigische, 5. Wühl, 1 J. (Klinit). Des Tischlermeister Gottlob Schumann Ehefrau Amalie geb. Schmidt, 58 J. (Dialonissenstraße). Des Kontoristen Johannes Raushenbach S., 1/2 S. (Dranaberstraße 3). Der Drogschulmeister Karl Friedrich Schmidt, 68 J. (Bilingsgasse 8). Des Bäckermeister Theodor Reitze Ehefrau Auguste geb. Stachelroth, 57 J. (Alter Markt 5). Ein unget. S.

Stadttheater zu Halle a. S.

Dienstag den 27. Januar 1891.

135. Vorstellung. — 101. Abonnement-Vorstellung.

(Arde: weiß)

Anfang 7 1/2 Uhr. — Ende nach 10 Uhr.

Zopf und Schwert.

Auffspiel in 5 Akten von Carl Guxton.

Mittwoch den 28. Januar 1891.

136. Vorstellung. — 35. Vorstellung außer Abonnement.

Anfang 7 Uhr. — Ende gegen 11 Uhr.

Zum ersten Male:

Tristan und Isolde.

Handlung in 3 Akten von Richard Wagner.

Personen:

Tristan Gustav Staeben.
König Marke Hans Keller.
Isolde Bertha Probst.
Kurvenal Leopold Demuth.
Melot Karl Weinmann.
Brangäne Klara Kaminski.
Ein Hirt Fernandus Koch.
Ein Steuermann Ludwig Engelmann.

Schiffsdorf, Ritter und Knappen.

Schauplatz der Handlung:

Erster Aufzug: Zur See auf dem Berke von Tristan's Schiff, während der Ueberfahrt von Irland nach Cornwall.

Zweiter Aufzug: In der königlichen Burg Marke's in Cornwall.

Dritter Aufzug: Tristan's Burg in der Bretagne.

Nach dem 1. und 2. Akte finden Pausen statt.

Donnerstag den 29. Januar 1891.

Zopf und Schwert.

Central-Organ
der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Vorwärts
Berliner Volksblatt.
Erscheint täglich außer Montags.
Man abonniert bei jeder Postanstalt für die Monate
== Februar-März für 2,20 Mk. ==
Eingetragen in der Postzeitungs-Preisliste für 1891 unter Nr. 6469.
Expedition Berlin SW, Dentschr. 3.
Probe-Nummern sehen gratis zur Verfügung.



Trenberg's Garten.
Montag den 2. Februar cr.
großer Volks-Maskenball.

Billets im Vorverkauf in den Zigarrenhandlungen der Herren Gabn, Poststraße, Steindreher & Jasper, am Markt, und Bruno Wiesner, Weiskraße. [3342]

Vorbereitungs-Anstalt
für die
Postgehilfen-Prüfung
Kiel, Ringstr. 55.

Junge Leute werden sicher vorbereitet. Falls das Ziel nicht erreicht wird, zahle ich das volle Pensums- und Unterrechtsgeld zurück. Bisher bestanden über 750 meiner Schüler die Prüfung; im letzten Quartal 73. Beste Aussicht und gute Pension. Sechs eigene grosse Gebäude. Es ist die älteste und grösste Anstalt. Kostenfreie Auskunft erteilt [3332] J. H. F. Tiedemann, Direktor.

Hausbrot!
8 Pfund 75 Pfg. empfiehlt täglich frisch [3241] Bäcker große Klausstraße 7.

Durch die Expedition dieses Blattes sind zu beziehen:
Protokoll
über die Verhandlungen des Parteitagcs zu Halle a. S.

Politische Reden.
Heft 1 und 2.

Wandkalender
mit Porträts und bildlichen Darstellungen in Lichtdruck.

Arbeiter-Motizkalender.

Hospitalplatz 9.
Mittwoch den 28. d. Mts.
Narrenabend
mit humorik. Vorträgen u. Pantomimenschmaus, wozu einladet R. Deumer.

Heute Dienstag
Narrenabend.
3340] Waldemar Thurm.

Kresses Restaurant
Königsstraße 16. [3344
Heute Mittwoch
großer Narren-Abend.

Wagels Restaurant
Oberglauha 4.
Heute Mittwoch [3336
großer Narrenabend.
Hierzu ladet freundlich ein D. D.

Albrechts Restaurant
Zwingerstraße 27
empfiehlt seine Lokalitäten zur gefl. Benutzung. [3260] Dasselbst auch ein
Vereinslokal mit Instrument.
Durch die Expedition des „Volksblattes“ ist zu beziehen:

Die Arbeiterin.
Zeitschrift für die Interessen der Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes. Organ aller auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Vereinigungen der Arbeiterinnen. Erscheint wöchentl. einmal u. zwar Sonnabends. Abonnement pro Vierteljahr 1 Mk.
Habe mich hier zur Ausübung der naturhistorischen und chirurgischen Praxis niedergelassen.
Guido Pickert
exam. prakt. Vertreter der arzneil. Heilweise (früher Assistent des Herrn Sanitätsrat Dr. med. Meyner in Chemnitz)

Halle a. S., gr. Steinstr. 43, II. Sprechst. täglich (mit Einschluß der Festtage) von 9-11 Uhr vormittags. Unentgeltliche Sprechstunden für notorisch Arme täglich von 11-12 Uhr. [3023]
Sehr mehrlreiche Speisekartoffeln
verkauft C. Schmidt, Gieschkestr., Schmelzerstraße 1. [3337]

Jsenthal & Co.,
Halle a. S., gr. Ulrichstraße 31
empfehlen
Watte,

gran: Tafel 15 S., Pfund 1.60 Mk., weiß „ 20 S., „ 2.10 Mk.
5 Pf. Barbieren! 5 Pf. [3343]
Wichtigster 6.
Das Stiegitz, Hantsing u. Amiel zu verkaufen.
Lumpen, Knochen, Eisen, Blei, Zink, Kupfer, neue Umhüllfälle etc.
kauft fortwährend [3248]
R. Brode, Wühlberg 1.
Das. ein j. gelber Hund (Dachshdt.) zugekauft.

Wichtig für Arbeiterfamilien!
Groß, kräft. hausbackenes Brot,
7 Stück für 3 Mk., 3 1/2 Stück für 1.50 Mk. Auch diejenigen, welche das Brot einzeln holen, erhalten dieses zum selben Preise beim
Bäckermeister Aug. Bielehert,
Oberglauha 41.

Alter Markt 9.
Freunden und Genossen die ergebene Anzeige, daß ich eine
Schuhmaderei
errichtet habe und fübre alle in mein Fach schlagenden Arbeiten prompt und billig aus. [3176] H. Haasse, alter Markt 9.

Restaurant-Verpachtung.
Ein gangbares Restaurant mit Arbeiterfundschaft ist umständlicher zu verpachten, event. auf Bierpacht. Offerten sind in der Expedition dieses Blattes niederzulegen.

Schöne große Wohnungen
zu 45-60 Thlr. zu vermieten Thorfr. 24 b. Anfr. Schloßstr. 2. Breitkopf, Pfännerhöhe 14.
Ein heilbares möbl. Zimmer, vornheraus, separat. Eingang, an zwei Herren od. Damen zu vermieten. [3337] Ertelstr. 1, 2 Tr.
Fr. ml. Schloßstr. m. g. R. W. d. R. Steinweg 15 Höfer.

Sonnabend den 24. d. Mts. verchied nach längerem schweren Leiden unser lieber **Willy** im Alter von 17 1/2 Jahren. Die Beerdigung findet heute nachmittags um 4 Uhr von der tgl. Klinit aus statt. [3337] Rudolf Frigische und Familie, Gieschkestr.

